

LIBYEN – PARTNER FÜR DEN EUROPÄISCHEN FLÜCHTLINGSSCHUTZ?

Silja Klepp

Libyen sucht nach Jahren der Isolation wieder Anschluss an die Weltgemeinschaft. Sein Ölreichtum macht es dabei zu einem begehrten Partner. Über die wirtschaftliche Kooperation hinaus gibt es jedoch noch weitere Erwartungen an das Gaddafi-Regime: Obwohl Libyen als einziges nordafrikanisches Land die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat und keinerlei Form von Flüchtlingsschutz kennt, möchte die Europäische Union (EU) in Migrationsfragen eng mit dem Transitland zusammenarbeiten.

Immer mehr Routen von Afrika nach Europa sind in den letzten Jahren durch die militärische Sicherung der EU-Außengrenzen unpassierbar geworden. Deshalb gilt Libyen besonders für Menschen aus den ostafrikanischen Krisen- und Kriegsgebieten als eine der letzten Fluchtmöglichkeiten nach Europa. Über 22.000 Flüchtlinge sind im Jahr 2006 von Libyen aus über das Mittelmeer nach Italien gelangt. Lockte Gaddafi noch 1999 afrikanische Arbeitsmigranten mit einer offenen Einreisepolitik, um den hohen Bedarf an Arbeitskräften zu decken, so hat sich das Verhalten gegenüber Migranten und Flüchtlingen inzwischen gewandelt. Gespräche bei einem Besuch in Tripolis im Oktober 2006 machten deutlich, dass sich auch Migranten, die schon lange in Libyen arbeiten, inzwischen nicht mehr sicher fühlen.

»Jeden Tag müssen wir Angst vor Verhaftungen haben. Ganze Gruppen werden festgenommen. Im Abschiebegefängnis werden wir zusammengepfercht und bekommen kaum zu essen oder zu trinken. Die Bedingungen sind so schlecht, dass viele krank werden oder sich mit Tuberkulose anstecken.«

Die Abschiebungen, so die Migranten, werden zum Teil mit Flugzeugen durchgeführt. Es starten aber auch Lastwagenkonvois, die sie an einer unsichtbaren Grenze in der Wüste aussetzen. So hat sich das ehemalige Zielland für afrikanische Arbeitsmigranten und Flüchtlinge in den letzten Jahren immer mehr zu einem Transitland entwickelt, wie eine Frau aus Eritrea erzählt: »Ich kenne heute nieman-

»Jeden Tag müssen wir Angst vor Verhaftungen haben.«

den mehr, der in Libyen bleiben will. Früher war das anders, da konnten wir hier gutes Geld verdienen. Heute versuchen einige nach Hause zu kommen, andere wählen das Risiko der Überfahrt nach Italien, weil sie nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können.« In den Gesprächen wird erschütternd deutlich: Obwohl die Flüchtlinge wissen, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, auf der Bootsfahrt nach Italien umzukommen, machen sich dennoch viele auf den Weg.

Die Rolle der EU und besonders Italiens in der libyschen Flüchtlingsabwehrpolitik wird immer offensichtlicher. Schon 2004 hatte Italien ein bilaterales Abkommen zur »Bekämpfung illegaler Migration« unterzeichnet. Trotz der Anfragen italienischer Parlamentarier wurde der Inhalt dieses Papiers nie offen gelegt. Wie eine Erkundungstour der EU-Kommission nach

Libyen (Technical Mission to Libya on Illegal Migration) jedoch bestätigt, liefert Italien seitdem technisches Gerät zur Grenzsicherung an Libyen. Zudem finanziert Italien libysche Haftzentren und Abschiebungsflüge in andere Länder. Der EU-Bericht beschreibt außerdem die zum Teil völlig unzureichenden Bedingungen in den Abschiebegefängnissen sowie die Mängel der libyschen Grenz- und Küstensicherung. Zudem konstatiert er, dass es keinerlei Asylsystem in Libyen gebe. Dennoch kommt der Bericht zu einem überraschenden Ergebnis: Die Zusammenarbeit mit Libyen sei wichtig und wünschenswert.

Aktuell sind die gegen jedes Flüchtlingsrecht verstoßenden Rückschiebungen nach Libyen, welche die Regierung Berlusconi eingeführt hatte, nach Antritt der Regierung Prodi im Mai 2006 wieder ausgesetzt worden. Die Zukunft der Zusammenarbeit mit Libyen, einem Land, in dem Menschenrechtsverletzungen an Flüchtlingen und Migranten an der Tagesordnung sind, scheint dennoch vorgezeichnet. Begünstigt durch die Vorreiterrolle Italiens schreitet die Kooperation der EU mit dem Gaddafi-Regime immer schneller voran. ■

